



Es gilt das gesprochene Wort!

Hinweis: Diese Rede kann hier als Video abgerufen werden:

<http://www.landtag.ltsh.de/aktuelles/mediathek>

Kiel, 6. September 2018

TOP 14: Verbot von Wildtierhaltung in Zirkussen (Drs-Nr.: 19/876)

Stefan Weber

Das Leid von Wildtieren in Manegen muss beendet werden

Zirkustiere sind lebenslange Gefangene, die zur Vorführung von sogenannten Kunststücken gezwungen werden. Dies ist eine Aussage, die mir bei meinen Recherchen zu dieser Rede sehr in Erinnerung geblieben ist. Und in der Tat, so ist es doch. Können sich die Wildtiere frei bewegen? Nein. Wo sind sie denn? Sie sind die meiste Zeit in ihren Käfigen eingesperrt oder müssen in der Manege Kunststücke für Menschen vollbringen. Auch zwischen den Vorstellungen bleibt wenig bis keine Zeit sich zu regenerieren, da Wildtiere in Zirkussen aufgrund der Fahrt zu den nächsten Spielorten viel Zeit in engen Transportwagen von einem Standort zu einem anderen Auftrittsort verbringen. Dies erzeugt nachweislich bei einigen Rassen zusätzlichen Stress. Eine artgemäße und verhaltensgerechte Wildtierhaltung ist praktisch nicht möglich, da reisende Zirkusse häufig ihren Standort wechseln und Gastspiele mitten in der Stadt durchführen. Fragen können wir die Wildtiere ja nicht, ob ihnen das alles so gefällt. Wenn sie antworten könnten, ja, was würden sie dann wohl sagen, liebe Kolleginnen und Kollegen?

Ich möchte in diesem Zusammenhang auf § 2 des Tierschutzgesetzes hinweisen, der sehr deutlich formuliert, dass wer ein Tier hält, dieses seiner Art und seinen Bedürfnissen entsprechend angemessen ernähren, pflegen und verhaltensgerecht unterbringen muss und die Möglichkeit des Tieres zu artgemäßer Bewegung nicht so einschränken darf, dass ihm Schmerzen oder vermeidbare Leiden oder Schäden zugefügt werden. Daraus folgt, dass Wildtiere nicht in den Zirkus gehören. Die Bundestierärztekammer hat bereits 2010 ein

Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion
Landeshaus
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:
Heimo Zwischenberger

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail pressestelle@spd.ltsh.de
Web spd.ltsh.de

generelles Verbot von Wildtieren im Zirkus auf Reisen gefordert. Sie begründete ihre Haltung vor allem damit, dass Zirkusse speziell mit der Haltung bestimmter Tierarten „systemimmanente Probleme“ haben. Sie nennt als Beispiele insbesondere klimatische Anforderungen und Anforderungen beim Transport –zum Beispiel von Giraffen. Auch bestimmte Umweltgegebenheiten, etwa für Flusspferde seien unter den Bedingungen eines reisenden Unternehmens kaum im gebotenen Maß zu erfüllen. Und ich frage Sie: Was ist mit der Winterruhe bei Bären im Zirkus, was ist mit den hochsozialen Elefanten, die einzeln gehalten werden und stundenlang an einer Kette stehen? Das alles ist aus unserer Sicht nicht artgerecht. Von Gegnern des Wildtierversots wird immer damit argumentiert, dass die Tiere gar nichts anderes kennen, die freie Natur nie kennengelernt haben. Hier sage ich, selbst wenn die Tiere in Gefangenschaft geboren sind, behalten sie doch die Ansprüche und Instinkte ihrer Artgenossen, die in freier Wildbahn leben. Und außerdem haben Wildtiere im Gegensatz zu Haustieren nicht den langen Prozess der Domestikation durchlaufen. Sie sind also an ein Leben in der Obhut des Menschen generell nicht angepasst.

Wir haben aus all diesen Gründen hier im Landtag bereits in der vorletzten Legislatur einstimmig einen Antrag beschlossen, der eine Initiative im Bundesrat unterstützt, die Haltung von bestimmten wild lebenden Tieren in Zirkussen zu verbieten. Deshalb freue ich mich auch, dass es durch unsere Initiative gelungen ist, heute hier unsere Forderung von 2011 erneut zu bekräftigen. Das ist aus unserer Sicht notwendig, weil es trotz mehrerer Initiativen im Bundesrat seit 2003 zu keinem Verbot von Wildtieren in Zirkussen auf Bundesebene gekommen ist. Die letzte EntschlieÙung des Bundesrates ist vom März 2016. Auch diese hat bisher zu keinem Verbot von Wildtieren in Zirkussen geführt.

Wenn wir uns in Europa umschauen sind da andere Länder schon wesentlich weiter. Warum klappt bei uns nicht, was in fast allen EU-Mitgliedstaaten bereits umgesetzt wird und auch in anderen europäischen Staaten klappt? Vor diesem Hintergrund ist es wichtig, dass wir heute erneut dieses Signal in Richtung Bund geben.